

Selbstverständlich ist mit dieser Resolution der Hamburger Beschluß aufgehoben. Nach Meinung aller Mitglieder der Kommission ist jetzt jeder Streitpunkt aus dem Weg geräumt und jedem, auch dem entschiedensten Gegner der Wahlbeteiligung ist es möglich, der Resolution zuzustimmen. Ich spreche die Hoffnung aus, daß der Parteitag sich einstimmig für die Resolution erklären wird. (Beifall.)

Hoffmann-Vielefeld: Ich ergreife nur das Wort, weil Genosse Liebknecht in der ersten Sitzung gesagt hat, die Vielefelder haben gegen den Hamburger Parteitagbeschluß verstoßen. Dagegen muß ich protestieren, wir haben dem Beschluß entsprechend gehandelt.

Ein Schlußantrag wird, nachdem Thiele-Galle dafür gesprochen hat, angenommen.

In seinem Schlußwort bemerkte Liebknecht, daß er seine Meinung, als hätten die Vielefelder gegen den Hamburger Beschluß gehandelt, aufrecht erhalten müsse.

Darauf wird die Resolution 107 angenommen, die in Bezug auf die Beteiligung an den preussischen Landtagswahlen gestellten Anträge sind damit erledigt.

Es folgt die Berathung der Anträge zur Organisation 7, 8, 28, 80, 85, 86 und 91.

Die Unterstützung reicht nicht aus zu den Anträgen 8, 29, 85, 86. Diese Punkte scheiden aus der Diskussion aus.

Brey-Hannover begründet Antrag 7 (die Parteitage in geographisch günstigen Orten abzuhalten): Parteitage an den Grenzen des Reiches verursachen nennenswerthe Kosten, die auf ein Mindestmaß herabgedrückt werden können. Was für außerordentliche Parteitage gut ist, kann für ordentliche Parteitage billig sein.

Görcke-Charlottenburg begründet den Antrag 28 (auf Vertretung der Pressekommision des „Vorwärts“ am Parteitag): Ein Vertreter der Pressekommision muß auf den Parteitagen anwesend sein, um Auskunft zu geben. Wenn wir diesmal noch keinen Vertreter zum Parteitag entsandt haben, so geschah dies deshalb, weil wir — wie immer in Berlin — zu bescheiden waren. (Geht weiter.)

Hoffmann-Vielefeld begründet den Antrag 80 (bezüglich der Kompetenz der Kreis Konferenzen und Bezirksparteitage): Die Anträge sollen bestimmen, was die Kreis Konferenzen, die Bezirks-Parteitage und die Kreis-Vertrauensmänner zu sagen haben. Punkt 2 soll skandalöse Vorgänge wie in Sachsen unmöglich machen, wo sich Leipzig einfach über den Beschluß der Landeskongress hinwegsetzte. Vielleicht ist die Form der Anträge nicht sehr glücklich, aber dem kann ja hier abgeholfen werden. Eine Unzuträglichkeit ist, daß die Kreis-Vertrauensmänner meistens vor dem Parteitag gewählt werden. Wenn nicht juristische Bedenken dagegen sprechen, bitten wir um Annahme des Antrages.

Nunmehr wird die Diskussion über die gestellten Anträge betreffend die Organisation eröffnet.

Leutert-Opolda erklärt sich gegen den Antrag 7. Wenn wir den Parteitag im Prinzip fest in die Mitte Deutschlands verlegen, wird das Bild des Parteitages verschoben. Lassen wir dem Parteitag freie Hand.

Antrag 7 wird abgelehnt.

Zu Antrag 28 hebt Auer hervor, daß mit der Annahme zwar kein Unglück angerichtet werde, daß der Antrag selber aber, seiner Meinung nach, überflüssig sei. Die Vertretung des „Vorwärts“ ist Sache der Parteileitung und der Redaktion. Die Pressekommision mit ihren erweiterten Befugnissen kann doch nur die Aufgabe haben, die Interessen der Berliner Genossen dem „Vorwärts“ gegenüber wahrzunehmen und zu vertreten. Dies Verhältnis

sollten wir doch nicht stören, wenn wir nicht in Zukunft recht unliebsame Auftritte haben wollen. Was soll es heißen, wenn sich die Pressekommision vor dem Parteitag als Vertreter des Zentralorgans gerirt; da ist der Parteivorstand, der dasselbe thut, und die Redaktion, die die Verantwortung hat. Wir sollten nicht so viel Instanzen schaffen. Es liegt auch kein Bedürfnis für den Antrag vor. Wenn ich recht unterrichtet bin, sind vier Mitglieder der Berliner Pressekommision als Delegirte hier anwesend. Die Berliner Parteigenossen können auf den Parteitagen überhaupt eine starke Vertretung haben. Berlin kann 18, die beiden Wahlkreise vor den Thoren Berlins 6 Delegirte entsenden, 16 Abgeordnete wohnen zur Zeit in Berlin, hierzu kommen Vertreter der Redaktion, der Buchhandlung und in Berlin wohnende Kontrolleure, so daß wir, wie die Dinge liegen, 40—50 Berliner Genossen auf dem Parteitag haben können. Das Ziel einer ausreichenden Delegation Berlins ist also erreicht. Schon deshalb liegt kein Anlaß vor, der Pressekommision einen Delegirten zu gewähren. Erwähnen will ich, daß der Vorstand zu dieser Frage keinen Beschluß gefaßt hat, sondern dem Parteitag die Entscheidung anheimstellt. Ich habe nur meine persönliche Ansicht ausgesprochen.

Kiesel-Berlin erklärt sich mit den Ausführungen Auer's einverstanden.

Voigt-Berlin: Die Pressekommision will nicht einen Delegirten haben als Vertretung des „Vorwärts“, sondern um etwaige Angriffe auf ihre Thätigkeit abzuwehren. Auf diesem Standpunkt stehen die Genossen des vierten Wahlkreises. Die Mehrkosten spielen keine Rolle. Die Verhältnisse liegen so, daß alles in Berlin zusammentrifft, daher die Möglichkeit der 40 Vertreter. Mit unserem Antrage hat das nichts zu schaffen, Auer's Einwände sind daher hinfällig.

Thiele-Galle widerspricht dem Antrage: Für uns ist die Pressekommision des „Vorwärts“ nicht ein Deut mehr als die jedes anderen Organs.

Gerkenberger-Nieverbarnim erklärt sich für den Antrag, der einfach die logische Folge des § 17a des Organisationsstatuts sei, wonach die Pressekommision auch die prinzipielle und taktische Haltung des „Vorwärts“ zu kontrolliren hat. Wenn Auer darauf hinweist, daß heute viele Mitglieder der Pressekommision anwesend sind, so ist das doch nur ein Zufall. Wie es in Zukunft sein wird, wissen wir nicht.

Diermit schließt die Diskussion. Der Antrag 28 wird abgelehnt.

Es folgt die Diskussion über Antrag 80.

Sär-Krefeld hält den Antrag für unannehmbar, weil danach ein Beschluß einer Kreis Konferenz nur sehr schwer wieder aufgehoben werden kann.

Förster-Hamburg ist ebenfalls gegen den Antrag. Würde derselbe angenommen, so könnte man es erleben, daß sich in Zukunft der allgemeine Parteitag mit Beschlüssen der Kreis Konferenzen zu befassen hat. Das würde nur zu Streitigkeiten führen.

Steinigand-Solingen: Der Antrag steht mit den Prinzipien der Demokratie in direktem Widerspruch. Aus den Ausführungen des Genossen Hoffmann geht hervor, daß die Genossen in Collision mit ihrer Organisation gerathen. Ich kann den Genossen nur den Rath geben: Studiren Sie die Prinzipien der Demokratie, dann werden Sie eine passende Form für ihre Organisation finden.

Hoffmann-Vielefeld wendet sich gegen die Vorwürfe des Vorredners und bittet nochmals um Annahme des Antrages. Daß der Parteitag nach Annahme des Antrages mehr mit lokalen Angelegenheiten beschäftigt werde als jetzt, glaube er nicht. Man müsse doch die bestehenden Verhältnisse formuliren.

Der Antrag 80 wird abgelehnt.

Es folgt die Berathung der Anträge, die sich auf die Taktik beziehen, es sind das die Anträge 11, 12, 13, von denen nur die beiden ersten genügend unterstützt werden.

Den Antrag 11 (Veröffentlichung der Arbeiten der Studienkommission für die Agrarfrage) begründet **Wernke-Breslau**: Pfannkuch hat auf eine Anregung Ragenstein's auf dem Hamburger Parteitage geäußert, die Sache dürfte nicht über's Knie gebrochen werden. Man müsse zur Sammlung und Sichtung des Materials Zeit haben. Jetzt sei wieder ein Jahr vergangen und die Frage nach den Arbeiten der Studienkommission wohl berechtigt. Wenn überhaupt an Studienergebnissen der Agrarkommission nichts oder nicht viel vorhanden sei, so solle hier das auch ausgesprochen werden.

Zur Begründung des Antrages 12 (auf Ausarbeitung eines Agrarprogramms) führt

David-Mainz aus: Genosse Zubeil hat neulich gemeint, wir brauchen kein Agrarprogramm. Ich bin aber der Ansicht, daß ein solches Programm nötig ist, um in den Landtagen in agrar-politischen Fragen einheitlich vorgehen zu können. Sind wird nur erst in theoretischen Beziehungen einig, dann wird auch die praktische Agitation leichter werden. Auf die Materie selbst will ich nicht eingehen, wohl aber möchte ich den Redakteuren und Schriftstellern den Rath geben, sich, wenn sie eine Aeußerung über eine Agrarfrage thun, zu überlegen, ob sie damit nicht der praktischen Landagitation Schwierigkeiten bereiten.

Die Diskussion über Antrag 11 wird eröffnet.

Pfannkuch: Die Agrarkommission wird wohl noch einige Jahre arbeiten müssen, ehe sie mit ihren Studien fertig ist. Fühlen die Genossen dann noch das Bedürfnis, von dem Ergebnis der Studien Kenntniß zu nehmen, so mögen sie dann einen Antrag stellen. Inzwischen mögen sie ruhig so wie bisher auf dem Lande agitiren, nicht aber derartige Anträge stellen. (Heiterkeit.)

Die Debatte wird geschlossen. Der Antrag 11 wird abgelehnt.

Zu Antrag 12 weist **Baudert-Appolda** auf die Verschiedenheit der Verhältnisse in den einzelnen Ländern hin. Der Antrag sei überflüssig.

Zubeil ist der Ansicht, daß die bisherigen Broschüren für die Landagitation nur sehr wenig geeignet sind, man kommt auch ohne Agrarprogramm mit dem allgemeinen sozialdemokratischen Programm auf dem Lande aus. Belasten wir uns nicht mit unnützem Ballast, sondern gehen wir schrittweise vorwärts, dann werden wir auch mit der Zeit die Bauern für uns gewinnen.

Scheibemann-Gießen ist gegen den Antrag, und zwar gerade deshalb, weil ihm ein Agrarprogramm oder eine Richtschnur für die Agitation auf dem Lande dringend erwünscht ist. Die Agrarfrage sei aber, wie ihm der jetzige Parteitag beweise, in weiten Arbeiterkreisen noch nicht geklärt, und es könnte nichts Schlimmeres für die Agitation geben, als wenn wir ein zweites Breslau erleben müßten. Man würde uns auf dem Lande sagen, wir wollten nichts für die Landproletarier thun, während seither in Wahrheit ein Agrarprogramm deshalb nicht zu Stande kam, weil wir den Kleinbauern keine Versprechungen machen wollten, von denen wir nicht bestimmt wüßten, ob wir sie halten könnten und ob ihre Verwirklichung auch den Kleinen auf dem Lande nützen würde. Es falle ihm schwer, gegen den Antrag zu sprechen. Er sei überzeugt, daß Diejenigen, welche jetzt noch auf dem hohen Ross sitzen, dereinst selbst ein Agrarprogramm verlangen würden. Keiner von uns denkt daran, „Revolution zu machen“. Aber wir wollen und müssen doch die politische Macht erobern. Das sei aber nur dann möglich, wenn wir die Mehrheit der Bevölkerung für uns gewinnen. Diese Mehrheit können wir jedoch nur dann erlangen, wenn wir auch die Kleinen Bauern und die Landarbeiter gewinnen. Die Industriearbeiter allein bilden keine Mehrheit.

Die Diskussion wird geschlossen.

Persönlich bemerkt **David**, daß er die Bearbeitung der Fragebogen aus Süddeutschland schon vor einem Jahre nach Berlin gesandt habe und dem

Vorstand anheimgegeben habe, ob er die Drucklegung angesichts der großen Unkosten veranlassen wolle.

Pfannkuch: Es hat mir fern gelegen, dem Genossen David oder einem anderen Mitglieder der Agrarkommission einen Vorschlag zu machen. Glaubt David das nötig zu haben, so will ich erklären, daß er außerordentlich Mühe, Zeit und Fleiß auf die ihm überwiesenen Arbeiten verwendet hat. (Sehr richtig.) Das Anerkenntniß darf man ihm nicht verlagen.

Hierauf wird Antrag 12 abgelehnt.

Damit sind die Anträge zur Taktik erledigt.

Schluß der Sitzung.

Vierter Verhandlungstag.

Donnerstag, den 6. Oktober. — Vormittags-Sitzung.

9¹/₂ Uhr. Den Vorsitz führt **Rios**.

Zur Verhandlung steht Punkt 6 der Tagesordnung: **Bergarbeiterschuz.**

Berichterstatter Sachsse-Zwickau: Die Organisation der Bergarbeiter ist noch schwach, die sächsischen Berg- und Hüttenleute sind zu allererst in die Organisation eingetreten. In den 70er Jahren ist allerdings bereits ein Versuch dazu gemacht worden, aber es war damals nur ein Strohfeuer. Auch seit 1890 ist die Organisation wieder sehr zusammengeschrumpft. Daß sie da nicht eine grobe Macht zur Erringung eines Arbeiterschuzes entfalten konnte, ist naheliegend. Unsere Forderungen wurden im sächsischen Landtage zum größten Theil zurückgewiesen, mit der Begründung, daß Sachsen nicht allein den Bergarbeiterschuz einführen könne, weil seine Kohlenbergwerke dann Konkurrenzunfähig werden würden. Seit dieser Zeit haben wir auf allen Kongressen dahin gewirkt, daß in allen Bundesstaaten dem Bergarbeiterschuz mehr Aufmerksamkeit gewidmet wird und daß namentlich die großen Unglücksfälle besprochen werden. Leider beweist die Unglücksstatistik, daß die Zahl der Unglücksfälle nicht wie in anderen Betrieben zurückgegangen, sondern gestiegen ist. Es liegt auf der Hand, daß es notwendig ist, eine schärfere Inspektion und einen besseren Arbeiterschuz anzuwenden, um die Zahl der Unglücksfälle zu vermindern. Die Vorschriften an und für sich sind ja gut, aber mit der Befolgung derselben steht es anders. Da liegt der Hase im Pfeffer. Darauf müssen wir unsere Aufmerksamkeit lenken. Vor Jahren ging die Behauptung immer wieder durch die Presse, daß die meisten Unfälle Montags stattfinden. Man wollte damit sagen, daß der Kater vom Sonntag die Unfälle verschulde. Diese Behauptung ist eine lächerliche. Die Statistik der Knappschafsgenossenschaften hat sie widerlegt. Mit der ständigen Steigerung der Zahl der Unfälle wird auch die Nothwendigkeit immer größer, für Bergarbeiterschuz zu sorgen. Aber weder die Regierung noch die maßgebenden Arbeitgeber haben bisher für eine bessere Inspektion gesorgt. Die jetzigen Vorschriften mögen ja in vielen Bezirken genügen, aber die Revisionen reichen nicht aus, dazu ist die Zahl der Beamten viel zu gering. Man kann doch zum mindesten verlangen, daß jedes Werk vierteljährlich mindestens einmal revidirt wird, eine monatliche Revision wäre sicher auch nicht zu viel. Wir fordern aber außerdem, daß man mit der Kontrolle auch Bergarbeiter betraut, die ständig auf dem Werke sind und wenn nötig jeden Tag inspiziren können. Es ist eine nicht wegzustreitende Thatsache, daß bei den Revisionen jetzt sehr häufig Betrügereien vorkommen. So sind auf unserem Kongreß Fälle mit Thatsachen belegt worden, wonach gefährliche Orte im Betriebe einfach verschlagen wurden. Wenn der Revisionsbeamte kam, dann mußte sich der Beamte etwas weiß machen lassen, da er die Betriebsorte nicht kennt. Bei Arbeiterinspektoren wäre